

Krise des innenpolitischen Systems in den USA



19.01.2024 | Wladimir Mashin

In wenigen Tagen beginnen in den USA die Vorwahlen, d. h. die vorbereitenden Parteitage zur Nominierung der Kandidaten für die US-Präsidentschaft. Die Wahl selbst findet am 5. November dieses Jahres statt. Neben der Bestimmung des Staatsoberhauptes werden die Wähler ihre Meinung über die Mitglieder des Repräsentantenhauses, das aus 435 Mitgliedern besteht, und über ein Drittel des Senats, der 100 Mitglieder hat, äußern.

Der Wahlkampf ist derzeit in vollem Gange und wird von scharfer Kritik und offenen Angriffen der Kandidaten untereinander geprägt. Der amerikanischen Presse zufolge ist eine derartig starke Polarisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens beispiellos. Offiziell haben weder die Demokratische noch die Republikanische Partei bisher jemanden nominiert. Es wird jedoch allgemein davon ausgegangen, dass der derzeitige Präsident Joe Biden und der ehemalige Präsident Donald Trump die Hauptkandidaten für das höchste öffentliche Amt in den USA im Jahr 2024 sein werden.

Bereits im Jahr 2023 griff Donald Trump Joe Biden mehrfach an, beschuldigte ihn verschiedener Verfehlungen und bezeichnete ihn als den unfähigsten Präsidenten in der Geschichte der USA. Bei einer Rede in New Jersey kündigte er an, er werde „einen echten Sonderstaatsanwalt ernennen, der gegen den korruptesten Präsidenten in der Geschichte der USA, Joe Biden, und die gesamte Biden-Verbrecherfamilie vorgehen wird.“

Im Januar 2024 startete Biden seine Kampagne und richtete seine Kritik auf Donald Trump, den er als Hauptbedrohung für die amerikanische Demokratie und das Wohlergehen der USA darstellte. Es

scheint, dass das Weiße Haus beschlossen hat, diese Kampagne mit großem Nachdruck zu verfolgen und die Presse, die der Demokratischen Partei treu ist, entsprechend zu beteiligen. So erklärte die *New York Times* kürzlich in einem Leitartikel:

Trumps vier Jahre im Weißen Haus haben der Präsidentschaft und der Nation nachhaltigen Schaden zugefügt. Er hat die bestehenden Spaltungen unter den Amerikanern vertieft und das Land auf gefährliche Weise polarisiert; er hat den öffentlichen Diskurs so erniedrigt, dass sich viele Amerikaner an Lügen, Beleidigungen und persönliche Angriffe auf höchster Führungsebene gewöhnt haben. Seine Verachtung für die Rechtsstaatlichkeit gab Anlass zur Sorge um die langfristige Stabilität der amerikanischen Demokratie, und sein Fehlen eines moralischen Kompasses drohte, die Ideale des Dienstes für die Nation zu untergraben.

Gegen Donald Trump wurde in mehreren Dutzend Fällen Anklage erhoben. Im Jahr 2023 untersagten Colorado und Maine dem ehemaligen Präsidenten die Teilnahme an den Vorwahlen 2024. Das Gericht entschied, dass Trump nicht auf dem Wahlzettel des Staates stehen darf, obwohl er der Favorit für die Nominierung der Republikanischen Partei ist. Das Gericht begründete sein Urteil mit Trumps angeblicher Beteiligung an den Unruhen vom 6. Januar 2021 vor dem Kapitol der USA.

Trump hat beim Obersten Gerichtshof der USA Berufung eingelegt und argumentiert, dass die Aufhebung seiner Immunität als ehemaliger Präsident einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen und negative Folgen für die derzeitige Regierung haben könnte.

Nach den aktuellen Umfragen scheint Trump einen leichten Vorsprung vor Biden zu haben. Die amerikanischen Medien erwarten eine schwierige und „virulente“ Debatte und führen verschiedene Argumente für jeden Kandidaten an. Mit dem Beginn der Vorwahlen in den verschiedenen Bundesstaaten werden die Anschuldigungen und Beleidigungen wahrscheinlich zunehmen.

Es sei darauf hingewiesen, dass einige Mitglieder der Demokratischen Partei spekulieren, dass Biden aus gesundheitlichen Gründen gezwungen sein könnte, seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit aufzugeben. In einem solchen Fall müssten die Demokraten einen neuen Kandidaten finden.

Die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Republikanern und Demokraten haben negative Auswirkungen auf die Menschen in den Entwicklungsländern. So veröffentlichte die Website Al Jazeera am 9. Januar dieses Jahres einen großen Artikel mit dem Titel „Biden ist nicht anders als Trump. Er lügt genauso wie er“.

Die türkische Tageszeitung *Sabah* betonte, dass die USA derzeit eine Phase des Niedergangs erleben. In dem Artikel wird festgestellt, dass die von den USA geförderte regelbasierte Ordnung in erster Linie dem Schutz der Interessen der westlichen Länder dient.

Der heftige Konflikt zwischen Republikanern und Demokraten im US-Kongress, insbesondere in Bezug auf den Haushalt, wirft Fragen über die Funktionsfähigkeit des politischen Systems der USA auf. Dies gilt umso mehr, als der Haushalt für das laufende Haushaltsjahr noch nicht verabschiedet ist. Obwohl die amerikanische Presse darauf hinweist, dass ein Kompromiss zwischen den beiden Parteien möglich ist, behindert die massive Staatsverschuldung der USA von **34 Billionen Dollar** objektiv die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere angesichts der ungünstigen Prognosen für

2024. Es wird erwartet, dass sich die US-Wirtschaft im Jahr 2024 aufgrund niedriger Verbraucherausgaben und einer Inflation, die weiterhin über dem Zielwert der Fed liegt, verlangsamen wird.

Vor diesem Hintergrund brach in Washington ein weiterer Skandal aus. Über zwei Wochen lang war der Verteidigungsminister verschwunden, und das Weiße Haus hatte keine Informationen über seinen Verbleib. Während der Abwesenheit des Präsidenten im Urlaub fehlte dem Land eine effektive militärische Führung. Das schlechte Funktionieren der amerikanischen Befehlskette wurde von den Republikanern heftig kritisiert. Sie wiesen darauf hin, dass die Personalkrise in der US-Armee zu einem ernststen Problem geworden sei. (Die Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichte einen großen Artikel darüber). Ein Kongressabgeordneter forderte den Rücktritt des Verteidigungsministers.

Die französische Presse, insbesondere *Le Monde*, hat die Unfähigkeit der USA hervorgehoben, das Vorgehen Israels im Nahen Osten zu beeinflussen. Israel tötet seit drei Monaten Palästinenser, was Anlass zur Sorge gibt. Die Vorstellung, dass eine Verschärfung des internen Konflikts innerhalb der USA die Wirksamkeit ihrer Außenpolitik beeinträchtigt, ist weit verbreitet.

Der eskalierende Konflikt zwischen Demokraten und Republikanern beunruhigt Amerikas Verbündete, die einen Zusammenbruch der Regierungsführung in den USA befürchten. Immerhin handelt es sich um eine Atommacht.